Nummer 458

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 4000000 Mk. 69. Jahrgang Mittwoch, 3. Oktober 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: handelsteil: W. Lynk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Grtedenau; Inseratenteil: H. Rongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Tagespreis der Anzeigen für die 12gespaltene Zeile: Grundzahl 500 × Schlüsselzahl 50 000, also 25 Mill. Mk., Reklameteil 100 Mill. Mk., Stellungsuchende 10 Mill. Mk. Bezugs-Preis: für Monat Oktober (freibleibend) 60 Mill. Mk; Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspeditoren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 5 Dollar, Frankreich 100 französische Francs, Belgien 100 belgische Francs, Schweiz 30 schweizerische Francs, Holland 15 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 20 schwedische Kronen, Norwegen 30 norwegische Kronen, England 25 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1000 rumänische Lei, Spanien 40 spanische Pesetas, Finnland 200 finnische Mark, Tschechoslowakei 200 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar, für den Monat Oktober 1923 nach Oesterreich, Ungarn und Polen 600 Millionen Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Die Vorgänge in Küstrin.

Berlin, 2. Oktober.

Ueber die Vorgänge in Küstrin kann bis jetzt folgendes gesagt werden: Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angaben, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbefehlshaber und die Polizeibehörden veranstalteten, daß sie, wo sie gestellt wurden, zerstreut und wieder nach Hause geschickt wurden. Der Verdacht lag vor, daß diese Leute unter Vorspiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus einheitlich angesetzt worden seien, um, zu militärischen Verbänden zusammengestellt, innerpolitischen Zwecken zu dienen. Der Wehrkreisbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. September öffentliche Warnungen und bekundete seine Entschlossenheit, gegen jede Störung der Ruhe und Ordnung rücksichtslos vorzugehen. Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchrucker ermittelt und es wurde am 30. September Haftbefehl gegen ihn erlassen. Major Buchrucker hat offenbar erkannt, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten; er zog in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober soviele seiner Anhänger, als er erreichen konnte, in Küstrin zusammen, Sie verbargen sich zunächst in dem Zeughof, einem alten Festungswerk, in dem nur ein Trupp von Zivilarbeitern der Festung lag, der mit ihnen im Einverständnis handelte. Die Altstadt von Küstrin, von Oder und Warthe umschlossen und von alten Wällen umgeben, läßt sich leicht nach außen absperren. Von militärischen Gebäuden enthält sie nur die Kommandantur. Die Garnisonen liegen jenseits der Warthe. Major Buchrucker scheint beabsichtigt zu haben, durch die Ueberrumpelung der Festung Gleichgesinnte im ganzen Reich zum Losschlagen zu veranlassen und durch diese Verzweiflungstat sich selber zu retten. Auf welche Kreise er dabei rechnete, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Am Morgengrauen des ersten Oktober ließ er die wichtigsten Punkte und Zugänge der Stadt besetzen und begab sich selbst mit anderen Rädelsführern in die Kommandantur, um zu verhandeln.

Der Kommandant aber, Oberst Gudovius, ließ sich nicht auf Verhandlungen ein, sondern handelte mit größter Energie. Die Führer ließ er ungehört verhaften. Einen nachdrängenden Stoßtrupp nahm die Wache fest. Pionierbataillon 3 und eine Schwadron der Fahrabteilung 3 wurden alarmiert und herbeigerufen. Vor ihr zogen sich die Aufständischen in den Zeughof zurück, wo sie eingeschlossen wurden.

Das Wehrkreiskommando 3 hatte auf die erste Nachricht von den Ereignissen hin den Obersten von Esebeck und Truppen aller Waffen in Marsch gesetzt, um den Aufruhr unter allen Umständen unterdrücken zu können. Das Pionierbataillon, das keine schweren Waffen besitzt, mußte sich bis zu ihrer Ankunft auf die Absperrung beschränken.

Es wies gegen Abend den Vorstoß eines schwächeren Trupps Aufrührer ab, die zum Teil im Autos von außerhalb gekommen waren, um die Eingeschlossenen zu entsetzen. Die Angreifenden hatten hierbei einen Toten, zwei Schwer- und vier Leichtverwundete. Nach dem Eintreffen der Verstärkungen ergaben sich die im Zeughof Eingeschlossenen. Im ganzen sind es 381 Mann, von denen man 13 als Rädelsführer ansehen kann. Dazu wurden noch 30 Mann festgenommen, die den Entsatzversuch von außerhalb gemacht hatten. Welchen Kreisen die Gefangenen angehören und welche politischen Ziele sie verfolgen, wird sich im einzelnen erst bei den Vernehmungen feststellen lassen, die heute im Laufe des Tages begonnen haben. Die Aburteilung der Festgenommenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Kotzbus erfolgen.

Gleichzeitig mit diesen Ereignissen ist auch die nähere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng überwacht worden, um alle anderen Ansammlungen zu verhindern. Hierbei wurden etwa 200 Mann festgenommen, die sich in dem Düberiger Gelände sammelten. Heute werden die Nachforschungen fortgesetzt. Es scheint jedoch, daß die Bewegung durch das tatkräftige Zufassen des Obersten Gudovius in Küstrin und das schnelle Eingreifen der Truppe, von der jeder Offizier und Mann in vollstem Maße seine Pflicht gelan hat, im Keim erstickt worden ist.

Gegen Rechtsputsch-Gerüchte.

Breslau, 2. Oktober.

Im heutigen Abendblatt der „Schlesischen Zeitung" veröffentlicht die Deutschnationale Volkspartei, um jeglichen Gerüchten vorzubeugen, eine Erklärung, daß der Deutschnationalen Volkspartei irgendein sogenannter Rechtsputsch vollkommen fernliegt.

— **Neue Ausweisungen von Deutschen aus Polen.** Ueber 100 Deutsche sind, wie die polnische Presse meldet, von den Behörden aus den Festungen Graudenz, Thorn und Kulm ausgewiesen worden. Es handelt sich dabei um solche Personen, die für Deutschland optiert haben.

Die Kabinettskrisis noch nicht gelöst.

Die Bedingungen der V. D. P. und der Sozialdemokraten. — Nachtsitzung des Kabinetts.

Die abgesagte Reichstagssitzung.

Berlin, 2. Oktober.

Reichstagspräsident Löbe teilte um 8 Uhr abends mit, daß die Sitzung des Reichstags für heute abgesagt werden müßte, und daß ein weiterer Termin noch nicht bestimmt werden könnte.

Die Parteiführer sind um 7 Uhr abends zum Reichskanzler Dr. Stresemann gegangen, um ihn über ihre Auffassungen zu unterrichten. Im Reichstag wird zur selben Zeit bekannt, daß der Reichswirtschaftsminister von Raumer dem Kanzler sein Rücktrittsgesuch überreicht habe. Es läßt sich zurzeit noch nicht nachprüfen, ob diese Mitteilung auf Wahrheit beruht. Ueber die Stellung der Deutschen Volkspartei verlautet, daß sie mit dem Wirtschaftsprogramm Dr. Stresemanns einverstanden sei, insbesondere auch mit dem Ermächtigungsgesetz. Man hört weiter, daß die Deutsche Volkspartei den dringenden Wunsch geäußert habe, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding aus dem Kabinett ausscheide und daß auch der Posten des Ernährungsministers mit einer Persönlichkeit besetzt werde, die den Deutschnationalen, zum mindesten aber der Landwirtschaft nahestehe.

Nach weiteren Informationen scheint auch das Ausscheiden Hilferdings aus der Regierung auf alle Fälle gesichert zu sein, nachdem er bei der Währungsfrage wohl selbst nach der Ansicht der Sozialdemokraten sich als völlig unzulänglich erwiesen hat.

eca Berlin, 2. Oktober.

Die Besprechungen, die im Laufe des heutigen Tagts zwischen den Parteien und dem Reichskanzler über die Lage stattgefunden haben, und die in einer letzten Sitzung zwischen 7 und 8 Uhr abends zu Ende gebracht worden sind, haben ein Ergebnis nicht gebracht. Die Haltung der Deutschen Volkspartei und die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung stimmen wollen, die ferner an ihrem Widerstand gegen die Erteilung besonderer Ermächtigung an die Reichsregierung nur auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet festhalten wollen, haben in der achten Abendstunde jede Aussicht auf Verständigung unmöglich gemacht. Das Kabinett ist um ½10 Uhr zusammengetreten, um zu der Frage des Rücktritts Stellung zu nehmen.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 2. Oktober.

Vom Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erhalten wir folgende Zuschrift:

„In der Presse ist die Nachricht verbreitet worden, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei habe dem Reichskanzler drei Forderungen namens seiner Partei überbracht, von deren Erfüllung er das Verbleiben der Deutschen Volkspartei in der großen Koalition abhängig machen müsse. Der tatsächliche Vorgang war der folgende:

Bei der Besprechung der Parteiführer wurde von mir lediglich die Frage zur Erörterung gestellt, ob es in Anbetracht der heutigen höchsten Not des Vaterlandes nicht angezeigt erscheine, die Regierung auf breiteste Basis zu stellen und in ihr alle diejenigen Parteien zu vereinigen, die auf dem Boden der staatlichen und finanziellen Ordnung stehen. In der Frage, der Reichsregierung eine weitgehende Ermächtigung zur Durchführung notwendiger Gesetze auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erteilen, habe ich den Standpunkt vertreten, daß meine Fraktion voraussichtlich die Zustimmung zu dieser Ermächtigung von der anderweitigen Besetzung des einen oder anderen Ressorts abhängig machen müsse. Endlich habe ich betont, daß die alte Forderung der Deutschen Volkspartei nach Steigerung der Arbeitsintensität zwecks Erhöhung der Produktion, die in gegenwärtiger Zeit besondere Bedeutung gewinnt, weiterbestehe, und daß man letzten Endes auch nicht vor einer Verlängerung der Arbeitszeit in dazu geeigneten Betrieben zurückschrecken dürfe.

Alle diese Fragen wurden von mir erörtert; von ultimativen Forderungen, insbesondere dem Reichskanzler gegenüber, kann nicht die Rede sein.

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gez. Dr. Scholz."

* * *

Den ganzen gestrigen Tag hat in den Berliner politischen Kreisen, in Regierung und Parlament — Hochbetrieb geherrscht, ohne daß die geplante Reichstagssitzung abgehalten werden konnte. Vom Morgen bis in die späte Nacht berieten Fraktionen, Kabinett und Parteiführer.

Alle Parteien sind sich darüber klar, daß sofort etwas Gründliches und Zweckentsprechendes getan werden muß, um die ständig zunehmende wirtschaftliche Not und das Währungselend wirksam zu bekämpfen. Alle wollen, daß das Reich zusammengehalten wird, alle halten es für nötig, daß tüchtige und vertrauenswürdige Männer im Kabinett die Regierung führen.

Aber über die Einzelheiten hat man sich bis zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, nicht verständigen können.

Die Volkspartei möchte einen Vertrauensmann der Deutschnationalen oder der Landwirtschaft im Kabinett haben, wogegen die Sozialdemokraten sich mißtrauisch wehren. Das Zentrum möchte — übrigens ebenso wie die Mehrheit der deutschen Volkspartei — Deutschnationale nicht gegen den Willen der Sozialdemokratie im Kabinett sehen und die Sozialdemokraten verlangen die Aufhebung des besonderen bayerischen Ausnahmezustandes und wollen der Regierung keine Vollmachten zum Abbbau der Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt geben.

Es wäre nun im höchsten Maße bedauerlich, wenn die Differenzen zwischen Berlin und München ohne Not auf die Spitze getrieben werden sollten, obwohl sich bis jetzt wirklich unüberbrückbare Schwierigkeiten zwischen Kahr und Geßler nicht ergeben haben.

Ebenso wäre es tief zu beklagen, wenn die sozialistischen Arbeitervertreter aus reinem Doctrinarismus und als Sklaven ihrer eigenen Schlagwörter sich der unbedingten Notwendigkeit der Produktionssteigerung widersetzen wollten. Denn erreicht werden muß diese Steigerung, wenn unser Volk nicht verhungern und erfrieren soll, und wird sie nicht gutwillig herbeigeführt, so wird sie von den Umständen und den Notleidenden mit Gewalt erzwungen werden. Die Hauptleidtragenden werden immer unser wertvoller Mittelstand und die Arbeitermassen sein, deren Produktivität und Lebensstandard herabgemindert wird.

Die Entscheidung und Verantwortung für den Ausgang der Koalitions- und Kabinettskrisis liegt also bei den Sozialdemokraten, denen nur anzuraten wäre, daß sie sich nicht von ihrem linken, im Herzen immer kommunistisch gebliebenen Flügel beherrschen läßt. Möchten alle Parteien bedenken, daß von Außen der Feind droht und daß unser Schicksal noch trostloser erscheint, wenn wir uns gegenseitig zerfleischen.

Vorläufig keine Ruhrdebatte in London.

TU London, 2. Oktober.

Baldwin hat den Abgeordneten der Arbeiterpartei, welche den Antrag auf eine sofortige Einberufung des Parlaments wegen der Ereignisse im Ruhrgebiet gestellt hatten, geantwortet, die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet sei nicht derart, daß irgendwelche Aenderungen an dem Zeitpunkt zum Zusammentritt des Parlaments getroffen werden könnten.

eca London, 2. Oktober.

Aus gut unterrichteten Kreisen wird bestätigt, daß der englische Gesandte in Berlin, Lord D'Abernon, mit Lord Curzon in London eine eingehende Besprechung über die schwebenden Fragen des Reparationsproblems hatte.

London, 2. Oktober.

Auf der Reichskonferenz erklärte gestern der Premierminister von Südafrika Smuts, Baldwin habe von den Zuständen in Europa ein düsteres Bild gegeben, aber Südafrika sei noch vorhanden, es habe viele Stürme überdauert und der Welt manches gute Beispiel gegeben. Europa müsse angesichts seiner gegenwärtigen Lage eine große und einmütige Anstrengung unternehmen. Das britische Reich könne zur Herstellung einer harmonischen Lage in der Welt mehr tun, als irgendeine andere Macht auf Erden. Der ganze Einfluß des britischen Reiches sollte benutzt werden, um bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten mitzuhelfen. Seit Jahrhunderten habe England einen maßgebenden Einfluß ausgeübt, und die anderen Nationen hätten schließlich immer auf seine Stimme lauschen müssen. Er wünsche, daß bei einer einzigartigen Gelegenheit wie der jetzigen dasselbe geschehen möchte, was früher geschah, und daß England deutlich seine Stimme erheben sollte. Es sei von größter Bedeutung, daß der europäische Frieden und der Welthandel wiederhergestellt würden. Zur Förderung des Handels innerhalb des britischen Reiches könne sicher viel getan werden.

Späte Erkenntnis.

London, 2. Oktober.

„Times" betont bei der Besprechung der Rede Baldwins, England, das sich seit dem Kriege von seinen Alliierten nicht isolieren könne, suche zusammen mit ihnen Reparationszahlungen von Deutschland zu erhalten. England sei bisher für ein Gleichgewicht der Mächte eingetreten. Seine Haltung gegenüber Europa habe sich nicht verändert. Die deutsche Stabilität zerfalle jetzt. Die separatistische Bewegung in Deutschland habe, was über alles Zweifel erhaben sei, wenigstens inoffiziell Hilfe von Frankreich erhalten. Ob absichtlich oder nicht — die französische Politik vollende den Zusammenbruch Deutschlands. Inzwischen habe sich Frankreich mit Schutzlingsstaaten verbündet, die im Osten an Deutschland grenzen. Die gesamte Tendenz Frankreichs sei, seine Vormachtstellung auszugestalten, eine Tendenz, die in England verstanden, jedoch nicht für durchführbar (?) angesehen werde. Frankreich versuche, die Strafmaßnahmen des Versailler Vertrages dauernd fortbestehen zu lassen. Es mache es Deutschland fast unmöglich, Reparationen zu leisten und weigere sich, das deutsche Gebiet zu räumen, bis Frankreich bezahlt sei. Um der zahlenmäßigen Ueberlegenheit Deutschlands entgegenzutreten, rufe Frankreich die farbigen Völker seiner afrikanischen und westlichen Besitzungen zu Hilfe. Die Worte Poincarés am 16. 9. „Deutschland will nicht, daß wir eine Nation von 100 Millionen sind" seien bezeichnend gewesen. „Times" fährt fort, die jetzige europäische Rivalität in allen ihren Auswirkungen und Folgen müsse ruhig, furchtlos und logisch von den Beratern des britischen Reiches erwogen werden. Das Blatt fragt: Werden wir an dem Grundsatz des Gleichgewichts der Mächte festhalten? Dies sei die Frage für die Zukunft, jedoch für eine nicht sehr entfernte Zukunft. Kein verantwortlicher Teil der öffentlichen Meinung wünsche England Frankreich entgegengesetzt zu sehen. Aber das Ziel Englands sei nichtsdestoweniger, in England das Gefühl für die gemeinsamen Interessen Europas zu schaffen. Das Reparationsproblem müsse beispielsweise durch Zustimmung und könne nicht durch Gewalt geregelt werden. Dieser Grundsatz der Regelung durch Versöhnung sei im Völkebund verkörpert, auf den Baldwin zum Schluß seiner Ansprache Bezug genommen habe.

Frankreichs Zusicherungen an England.

EE London, 2. Oktober.

Die bereits von der heutigen konservativen Morgenpresse vertretene Ansicht, daß den Erklärungen Baldwins auf der gestrigen Reichskonferenz insofern trotz aller Angriffsfläche erhöhte Aufmerksamkeit zu komme, als sie die französische Ruhrpolitik auf eine bestimmte Formel öffentlich festgelegt habe, wird besonders deutlich in den Ausführungen eines „politischen Beobachters" unterstrichen, der diesen Erklärungen die ganz besondere Beachtung politischer Kreise wünscht. Denn Stanley Baldwin habe nichts anderes gesagt, als daß der Herstellung eines Einvernehmens zwischen Frankreich und England nur deshalb keine unüberwindliche Hindernisse im Wege stünden, weil sowohl Poincaré wie auch Millerand dem englischen Premier die ausdrückliche Versicherung abgegeben hätten, Frankreich bezwecke mit seiner Ruhrexpedition ausschließlich wirtschaftliche Ziele. Die Schlußfolgerungen dieses sichtlich inspirierten Artikels sind leicht dahin gegeben, daß England unter keinen Umständen politische Veränderungen in dem territorialen Bestand Deutschlands wünscht.

Schlußkurs der Mark in New-York
0,00000031
Hiesige Parität
322,6 Millionen Mark
Dollar im Berliner Abendverkehr
ca. 380 Mill. Mark.